

rat aufzugeben, also von einem Kampfposten zu desertieren. Die Leitung der Parteiorganisation griff ein, denn hier wurden ernste Mängel in der politisch-ideologischen Erziehungsarbeit und in der politischen Standfestigkeit der Genossen sichtbar. In der ersten außerordentlichen Mitgliederversammlung zum Umtausch der Parteidokumente wurden die ideologischen Ursachen dafür aufgedeckt. Die schwankend gewordenen Genossen hatten ein großes Arbeitspensum zu bewältigen. Von früh bis spät waren sie tätig, und trotzdem brachte ihr unermüdlicher Fleiß nicht die erwarteten Erfolge, weil ihre Arbeitsweise nicht in Ordnung war. Die Genossen versuchten, ihre Aufgaben allein, als Apparat, zu bewältigen. Sie stützten sich nicht auf die fortgeschrittensten Erfahrungen der Werktätigen und arbeiteten nicht mit den Menschen in den Betrieben, die doch dem gleichen Ziele wie sie zustrebten.

Die sozialistische Gemeinschaftsarbeit, dieser hervorragende Ausdruck der Aktivität der Volksmassen im Kampf um den Sieg des Sozialismus, hatte ihre Geburtsstunde im Bezirk Halle. Von den Genossen im Wirtschaftsrat wurde diese Bewegung jedoch sträflich unterschätzt. Die hervorragenden Beispiele der sozialistischen Brigaden und Arbeitsgemeinschaften aus den zentralgeleiteten Betrieben wurden kaum auf die Betriebe der Örtlichen Wirtschaft übertragen. In den Köpfen der Genossen gab es also keine genügende Klarheit über die Rolle der werktätigen Massen in der sozialistischen Wirtschaft. Im negativen Sinne traf auf sie zu, was Genosse Walter Ulbricht in der Programmatischen Erklärung ausdrückte. Sie hatten versucht zu administrieren und wenig Wert darauf gelegt, die Menschen, mit denen allein sie ihre Aufgaben lösen können, von der Notwendigkeit und Nützlichkeit der staatlichen Maßnahmen zu überzeugen, um so ihre Mitarbeit zu gewinnen.

Dieses wichtige Prinzip wurde in der Parteiarbeit zuwenig beachtet. Die Aufgabe einer Grundorganisation im Staatsapparat ist es jedoch, die ideologische Erziehungsarbeit in enger Verbindung mit den praktischen Aufgaben zu leisten, damit sich unmittelbar günstige Auswirkungen in der staatlichen Arbeit ergeben. Die Leitung der Grundorganisation beim Wirtschaftsrat Halle ist jetzt bestrebt, das hier bisher Versäumte nachzuholen. Die Auseinandersetzungen über den Arbeitsstil der Genossen auf der ersten außerordentlichen Mitgliederversamm-

lung zum Umtausch der Parteidokumente ließen Fortschritte in der Erziehungsarbeit erkennen.

Bei der Auseinandersetzung in der Parteiorganisation über die Arbeitsweise der Genossen und ihre unparteiliche Reaktion auf die an ihnen geübte Kritik wurde die große Bedeutung der Programmatischen Erklärung für die Verbesserung der Arbeit in den staatlichen Organen deutlich.

Beschlüsse sind durchzuführen

Auf der außerordentlichen Mitgliederversammlung gab es auch eine prinzipielle Diskussion über das Verhältnis der Genossen zu den Beschlüssen. Um was ging es hierbei? Die Partei- und Staatsfunktionär-Konferenz in Potsdam-Babelsberg vom Februar 1959 hatte vorgeschlagen, in jedem Bezirk ein Beispiel der vorbildlichen Arbeitsweise einer Plankommission eines Kreises durch die Hilfe und Unterstützung des Wirtschaftsrates zu schaffen. Nach dieser Konferenz wurde auf Empfehlung der Parteileitung von der Leitung des Wirtschaftsrates beschlossen, diesen Vorschlag konkret auf den Kreis Merseburg anzuwenden. Heute, nach fast zwei Jahren, ist dieser Beschluß immer noch nicht durchgeführt. Es ging uns darum, die ideologischen Ursachen dafür aufzudecken. Es stellte sich heraus, daß die Behandlung der Beschlüsse in den Partei Versammlungen nicht immer mit der praktischen Arbeit übereinstimmt. Genossen, die selbst der Empfehlung der Parteiorganisation zugestimmt und den Leitungsbeschluß mitgefaßt hatten, ließen sich lange nötigen, in ihrer praktischen Arbeit daraus auch die Konsequenzen zu ziehen. Es bedurfte mehrfacher Aufforderungen und Mahnungen von Seiten des Rates und der Parteileitung, ehe endlich im März 1960 zur Realisierung dieses Beschlusses eine Brigade aus Vertretern mehrerer Abteilungen des Rates gebildet wurde. Etwa drei Monate lang arbeitete diese Brigade wöchentlich je zwei Tage im Kreis Merseburg. Sie erreichte dort besonders bei der Plandiskussion gute Erfolge. Im September/Oktober 1960 schloß die Brigadetätigkeit jedoch wieder ein. Die Parteileitung brachte diese Frage darum im Oktober 1960 vor die Mitgliederversammlung und forderte, daß die Arbeit im Kreis Merseburg so lange weiterzuführen ist, bis die im Arbeitsprogramm der Brigade genannten Ziele erreicht sind. Zu dieser Mitgliederversammlung hatte die Parteileitung auch Genossen aus der Plankommission Merseburg und aus ande-